

SATZUNG DER HANSESTADT BUXTEHUDE ÜBER DIE WÄRMEVERSORGUNG VON GRUNDSTÜCKEN UND DEN ANSCHLUSS AN DIE ÖFFENTLICHE FERNWÄRMEVERSORGUNGSANLAGE IM „WOHNGEBIET GISELBERTSTRAßE“

- FERNWÄRMESATZUNG -

Aufgrund der §§ 10 und 13 Satz 1 Nr. 1a und Nr. 2a des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.02.2018 (Nds. GVBl. S. 22), sowie auf Grundlage der §§ 10 und 13 Satz 1 Nr. 1a und Nr. 2a NKomVG i. V. m. § 16 des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) vom 07.08.2008 (BGBl. 2008 I, S. 1658), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722), hat der Rat der Hansestadt Buxtehude in seiner Sitzung am 25.06.2018 die folgende Satzung beschlossen:

Präambel

Die Hansestadt Buxtehude betreibt im Wohngebiet Giselbertstraße eine kommunale Fernwärmeversorgung, welche der Reinhaltung der Luft und dem Schutz des Klimas der Hansestadt Buxtehude als natürliche Grundlagen des Lebens dient. Daneben dient die kommunale Fernwärmeversorgung dem globalen Schutz der Luft und des Klimas als natürliche Grundlagen des Lebens.

Die kommunale Fernwärmeversorgung fördert die Verringerung des Ausstoßes von Schadstoffen einschließlich klimaschädlicher CO₂-Emissionen im Vergleich zu einer Wärmeversorgung mit Einzelfeuerungsanlagen durch den Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung sowie durch die Erreichung eines möglichst hohen Versorgungsgrades bei globaler Betrachtung unter Einbeziehung ersparter Kraftwerksleistungen an anderer Stelle.

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Hansestadt Buxtehude betreibt durch die Stadtwerke Buxtehude GmbH als öffentliche Einrichtung Anlagen zur Versorgung mit Wärme (Fernwärmeversorgungsanlage). Die Verantwortung der Hansestadt als Trägerin der öffentlichen Einrichtung „Fernwärmeversorgung“ bleibt davon unberührt.
- (2) Art und Umfang der Fernwärmeversorgungsanlage, den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Erneuerung und ihres Betriebes sowie Art und Zustand des Wärmeträgers bestimmt Stadtwerke Buxtehude GmbH im Einvernehmen mit der Hansestadt Buxtehude.

§ 2 Geltungsbereich, Begriffsbestimmungen

- (1) Der räumliche Geltungsbereich der Fernwärmeversorgung erstreckt sich auf das im Lageplan in der Anlage 1 dargestellte „Wohngebiet Giselbertstraße“. Anlage 1 ist Bestandteil dieser Satzung.
- (2) Fernwärme im Sinne dieser Satzung ist Wärme, die einem Grundstück von außen zugeführt wird.

- (3) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung ist, unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch, jeder zusammenhängende Grundbesitz anzusehen, der eine selbstständige wirtschaftliche Einheit bildet, insbesondere dann, wenn ihm eine Hausnummer zugeteilt ist. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Gebäude, so können für jedes dieser Gebäude die für die Grundstücke maßgeblichen Vorschriften dieser Satzung angewendet werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Hansestadt Buxtehude.
- (4) Alle Wärmeverbrauchsanlagen auf den Grundstücken werden mit Fernwärme nach § 2 Abs. 2 versorgt. Dies gilt insbesondere für die Anlagen für Raumerwärmung (Heizung) und Warmwasserbereitung.
- (5) Die sich aus dieser Satzung ergebenden Rechte und Pflichten für Grundstückseigentümer gelten entsprechend für Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer und Wohnungseigentümergeinschaften, Nießbraucher sowie die in sonstiger Weise zur Nutzung dinglich Berechtigten.

§ 3 Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) Jeder Eigentümer eines im Geltungsbereich dieser Satzung gelegenen, durch eine betriebsfertige öffentliche Fernwärmeleitung erschlossenen bebauten oder bebaubaren Grundstücks ist – vorbehaltlich der Einschränkungen in § 4 – berechtigt, zu verlangen, dass sein Grundstück an die Fernwärmeversorgungsanlagen angeschlossen wird (Anschlussrecht).
- (2) Nach dem betriebsfertigen Anschluss des Grundstückes an die Fernwärmeversorgungsanlage haben die Anschlussnehmer das Recht, die benötigten Wärmemengen aus dieser zu entnehmen (Benutzungsrecht).

§ 4 Begrenzung des Anschluss- und Benutzungsrechts

- (1) Ist der Anschluss wegen der besonderen Lage des Grundstücks oder aus sonstigen technischen oder wirtschaftlichen Gründen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden oder sind dafür besondere Maßnahmen oder Aufwendungen erforderlich, kann die Hansestadt Buxtehude oder die Stadtwerke Buxtehude GmbH in Abstimmung mit der Hansestadt den Anschluss versagen und den Antragsteller auf andere Wärmeträger verweisen.
- (2) Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller sich bereit erklärt, neben dem Anschlusspreis auch die entstehenden Mehrkosten für den Bau und gegebenenfalls für den Betrieb der Fernwärmeleitung zu tragen. In diesem Fall hat er auf Verlangen angemessene Sicherheit zu leisten.
- (3) Sind die Gründe, die zur Versagung des Anschlusses geführt haben, fortgefallen, ist nach den Vorschriften dieser Satzung zu verfahren.

§ 5 Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Eigentümer eines Grundstücks, das durch eine betriebsfertige öffentliche Fernwärmeleitung erschlossen ist und das im Geltungsbereich dieser Satzung gem. § 2 Abs. 1 liegt, ist verpflichtet, sein Grundstück an die Fernwärmeversorgungsanlage anzuschließen (Anschlusszwang), sobald es mit einem oder mehreren Gebäuden bebaut ist oder mit der Be-

bauung begonnen wurde und im Gebäude Wärmeverbrauchsanlagen betrieben werden oder werden sollen.

- (2) Der gesamte Wärmebedarf im Sinne von § 2 Abs. 4 dieser Satzung ist ausschließlich aus der Fernwärmeversorgungsanlage zu entnehmen (Benutzungszwang). Diese Verpflichtung obliegt Grundstückseigentümern, diesen Gleichgestellten im Sinne von § 2 Abs. 5 sowie sämtlichen Bewohnern der Gebäude und sonstigen Wärmeverbrauchern.

§ 6 Befreiungen vom Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Für zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bereits hergestellte oder sich im Bau befindliche Gebäude und Grundstücke, die mit einer anderen Wärmeerzeugungsanlage ausgestattet sind, gilt der Anschluss- und Benutzungszwang erst zum Zeitpunkt der Erneuerung oder wesentlichen Änderung der Wärmeerzeugungsanlage, spätestens aber 10 Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem diese Satzung in Kraft getreten ist.
- (2) Für Grundstücke, die erst nach Inkrafttreten dieser Satzung anschluss- und benutzungspflichtig werden, weil erst nach diesem Zeitpunkt die Fernwärmeleitungen gelegt worden sind (§ 5 Abs. 1) oder weil erst ein Hindernis i. S. v. § 4 Abs. 1 weggefallen ist und die deshalb bereits mit einer anderen Wärmeerzeugungsanlage ausgestattet sind, gilt der Anschluss- und Benutzungszwang erst ab Erneuerung oder wesentlichen Änderung dieser anderen Wärmeerzeugungsanlage, spätestens aber 10 Jahre nach deren erstmaliger Inbetriebnahme.
- (3) Eine Befreiung aus wirtschaftlichen Gründen kann auf Antrag erteilt werden, wenn der Anschluss an die Einrichtung oder die Benutzung derselben für den Grundstückseigentümer wegen privater, die öffentlichen Belange überwiegenden Gründen nicht zugemutet werden kann und die Befreiung aus öffentlichen Gründen unbedenklich ist.
- (4) Von der Verpflichtung zum Anschluss an die öffentliche Einrichtung und deren Benutzung ist auf Antrag zu befreien, wenn ausschließlich emissionsfreie Wärmeversorgungsanlagen vorhanden sind oder bei der Errichtung neuer Gebäude ausschließlich emissionsfreie Wärmeversorgungsanlagen errichtet und betrieben werden.
- (5) Auf Antrag ist eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang zu erteilen, insoweit und solange Wärme aus emissionsfreien Wärmeversorgungsanlagen oder regenerativen Energiequellen bezogen wird, soweit dies dem Zweck des Anschluss- und Benutzungszwangs nicht entgegensteht und die Befreiung nicht wirtschaftlich unzumutbar ist.
- (6) Die Errichtung und der Betrieb von Kaminen, die nicht primär zur Wärmeversorgung dienen und die Anforderungen der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen – 1. BImSchV) erfüllen, bleiben von § 6 unberührt, sofern sie eine Feuerungswärmeleistung (Nennleistung) von 7 kW nicht überschreiten.

§ 7 Antragsverfahren für Befreiung oder Anschluss

- (1) Befreiungsanträge sind schriftlich bei der Hansestadt Buxtehude zu stellen und unter Beifügung der den Befreiungstatbestand nachweisenden Unterlagen zu begründen. Die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang kann widerruflich oder befristet erteilt werden. Sie kann außerdem unter Bedingungen oder mit Auflagen erteilt werden.

- (2) Der Anschluss an die Fernwärmeversorgungsanlagen ist bei der Stadtwerke Buxtehude GmbH zu beantragen. Bei Neubauten ist der Antrag gleichzeitig mit dem Antrag auf Baugenehmigung zu stellen.
- (3) Der Anschluss und die Versorgung erfolgen auf Grundlage privatrechtlicher Regelungen nach der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV) in der jeweils geltenden Fassung, nach den ergänzenden Bestimmungen für die Fernwärmeversorgung sowie nach den technischen Anschlussbedingungen der Stadtwerke Buxtehude GmbH.

§ 8 Weitere geltende gesetzliche Bestimmungen

Für die Vollstreckung gelten die jeweiligen Vorschriften des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (NVwVG) vom 04. Juli 2011 (Nds. GVBl. 2011, S. 238), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 01.02.2017 (Nds. GVBl. Nr. 2/2017 S. 16).

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 10 Abs. 5 NKomVG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) entgegen § 5 ein Grundstück oder von mehreren Gebäuden auf dem Grundstück einzelne Gebäude – sofern die Hansestadt Buxtehude gemäß § 2 Abs. 3 entschieden hat, dass diese Satzung für jedes Gebäude angewendet wird – nicht an die Fernwärmeversorgungsanlage anschließen lässt;
 - b) entgegen § 5 Abs. 1 ein Grundstück nicht an die öffentliche Einrichtung anschließen lässt;
 - c) entgegen § 5 Abs. 2 nicht den gesamten Wärmebedarf aus der Fernwärmeversorgungsanlage deckt;
 - d) entgegen § 5 andere Heizungsanlagen, insbesondere Kohle sowie Öl-Gasöfen- und Heizungsanlagen, benutzt.
- (2) Der Verstoß kann mit einer Geldbuße von bis zu 5.000,00 Euro geahndet werden.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Buxtehude, den 02.11.2018

Hansestadt Buxtehude
Die Bürgermeisterin



Oldenburg-Schmidt



Anlage 1: Abgrenzung des Fernwärmeversorgungsgebietes.

**SATZUNG DER HANSESTADT BUXTEHUDE ÜBER DIE WÄRMEVERSORGUNG VON GRUNDSTÜ-
CKEN UND DEN ANSCHLUSS AN DIE ÖFFENTLICHE FERNWÄRMEVERSORGUNGSANLAGE IM
„WOHNGEBIET GISELBERTSTRAßE“**

- FERNWÄRMESATZUNG -

